

Kurz berichtet

Chemie-Beschäftigte erhalten 2,8 Prozent mehr Lohn

STUTTGART (AFP) - Die Tariflöhne der 550 000 Beschäftigten der deutschen Chemieindustrie werden um 2,8 Prozent erhöht. Darauf verständigen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach Angaben der Industrievergewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) vom Freitag bei ihren Tarifgesprächen.

Zusätzlich würden die jährlichen Zahlungen der Firmen in den sogenannten Demografiefonds stufen-

weise von aktuell 338 Euro auf 750 Euro pro Beschäftigten erhöht, teilte die IG BCE in Hannover weiter mit. Die Fonds sind auf betrieblicher Ebene angedockt und werden von Geschäftsführungen und Betriebsräten gemeinsam verwaltet. Das Geld kann für Altersteilzeitmodelle, tarifliche Altersvorsorgemaßnahmen, Teilrenten oder andere klar definierte Programme eingesetzt werden.

Daimler plant Einstieg ins Pick-up-Segment

BRÜSSEL (dpa) - Der Autobauer Daimler bereitet den Bau eines ersten Pick-up-Trucks aus dem Konzern vor. „Wir sehen eine Möglichkeit, als erster Premiumhersteller in diesem Markt einzusteigen“, sagte der Chef von Daimlers Transportersparte, Volker Mornhinweg, dem „Wall Street Journal“. Die Modelle seien mit der Zeit luxuriöser geworden.

Arbeitsmarkt braucht jährlich 533 000 Zuwanderer

GÜTERSLOH (dpa) - Nur wenn langfristig pro Jahr durchschnittlich 533 000 mehr Menschen zu- als abwandern, lasse sich die Lücke am deutschen Arbeitsmarkt füllen, die durch das Ausscheiden der in den 1950er- und 1960er-Jahren geborenen Babyboomer aus dem Beruf entstehe. Das haben Experten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sowie der Hochschule für angewandte Wissenschaften in Coburg ermittelt.

Bundesrat billigt Gesetz zur Frauenquote

BERLIN (AFP) - Die Frauenquote für große Unternehmen kommt: Der Bundesrat verabschiedete am Freitag das Gesetz, nach dem in Zukunft knapp ein Drittel der Plätze in den Aufsichtsräten von Großkonzernen von Frauen besetzt werden müssen. Das neue Gesetz sei ein „historischer Schritt“, sagte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD).

Aesculap-Mutterkonzern B. Braun steigert Umsatz

MELSUNGEN (dpa) - Der Medizintechnikhersteller B. Braun Melsungen hat 2014 trotz negativer Wechselkurse seinen Umsatz um fünf Prozent auf 5,43 Milliarden Euro gesteigert. Der Nettogewinn kletterte jedoch nur um 0,3 Prozent auf 800 000 Euro.

Baugeld

Effektivzins bei 200 000 Euro Kreditsumme

Anbieter	Laufzeit in Jahren			Zinszahlungen*	Kontakt
	5	10	15		
Hypovereinsbank	0,66	1,04	1,30	19 732,60	0800/5 04 05 06
PSD Bank RheinNeckarSaar	0,89	1,11	1,59	20 868,75	0800/0 01 12 31
Spar-Bank BW	1,10	1,20	1,78	22 572,50	0711/20 06 38 02
Allianz Lebensversicherung	1,40	1,40	1,70	23 708,04	0800/4 10 01 04
BW-Bank	1,25	1,29	1,89	24 275,72	07131/88 44 50
Postbank	1,21	1,33	1,63	25 032,49	0228/55 00 20 10
HUK-Coburg	1,00	1,36	1,66	25 600,02	0800/2 15 31 53
Deutsche Bank	1,01	1,40	1,97	26 356,66	069/91 01 00 00
Ergo Lebensversicherung	1,36	1,43	1,54	26 923,97	0800/2 28 85 00
Volkswohlf-Bund	1,85	2,00	2,34	34 671,28	0231/5 43 36 96
Schlehtester Anbieter	2,69	2,84	2,84	52 950,20	...

Tendenz für Baugeldzinsen: **fallend**
 *bei 200 000 Euro Kreditsumme, Laufzeit 10 Jahre, 1% Tilgung ohne Berücksichtigung von Gebühren, die die Höhe des ausschlaggebenden Effektivzinses beeinflussen
 Stand: 27.03.2015
 Quelle: baufeld

Weitere Informationen auf unseren Finanzrechnern im Internet:
www.schwaebische.de/baueld

Kreissparkasse Tuttlingen vergibt weniger Kredite

Geldinstitut blickt optimistisch auf das laufende Jahr

Von Christian Gerards

TUTTLINGEN - Die Kreissparkasse Tuttlingen mit ihren insgesamt 53 Geschäftsstellen und 563 Mitarbeitern blickt optimistisch in die Zukunft. Das wurde auf der Bilanzpressekonzferenz am Freitagvormittag deutlich. Der Vorstandsvorsitzende, Lothar Broda, bezeichnete das vergangene Jahr wegen der Ukraine-Krise und dem Vormarsch des IS in Syrien und im Irak als „kein erfolgreiches“.

„Aktuell berühre die Niedrigzinsphase, die durch das viele frische Geld der Europäischen Zentralbank hervorgerufen wurde, die Geldinstanz ganz stark. „Es ist durchaus möglich, dass wir im Laufe des Jahres einen Negativzins bekommen werden“, sagte Broda. Die niedrigen Zinsen seien gut für Schuldner und Unternehmen, die investieren wollen, aber nachteilig für Sparer und die Altersvorsorge.

Im vergangenen Jahr hätten die Kundeneinlagen bei der Kreissparkasse noch einmal um rund hundert Millionen auf inzwischen 2,02 Milliarden Euro zugelegt. Das ist ein Zuwachs von 5,2 Prozent im Vergleich zu 2013. Im Sparkassen-Verband Baden-Württemberg hätte der Zuwachs im Schnitt lediglich bei 3,5 Prozent gelegen.

Während die Spareinlagen um 2,6 Prozent auf rund 596 Millionen Euro zurückgegangen sind, stiegen dagegen die Sichteinlagen um 12,9 Prozent auf fast 1,19 Milliarden Euro. „Das zeigt, dass die Kunden Angst haben, das Geld länger liegen zu lassen“, urteilte Broda.

Die Kredite für Privatkunden sanken um 0,6 Prozent auf 676 Millionen Euro. Trotz der großen Investitionen der Unternehmen im Landkreis Tuttlingen sanken auch die Kredite der Unternehmen - und zwar um einen Prozent auf fast 1,22 Milliarden Euro. Das liege laut Broda vor allem darin begründet, dass die Unternehmen ihre Vorhaben zu einem gewissen Prozentsatz aus dem laufenden Geschäft finanzieren könnten.

Kreissparkasse Tuttlingen

Kundenvermögen:	2,027 Mrd. Euro
Kundenkredite:	2,165 Mrd. Euro
Jahresüberschuss:	7,1 Mio. Euro
Bilanzsumme:	3,049 Mrd. Euro
Mitarbeiter:	563 (davon 64 Auszubildende)
Personalkosten:	27,5 Mio. Euro
Geschäftsstellen:	53 (+ 52 Geldautomaten)
Eigenkapitalquote:	14,6 Prozent

Mietpreisbremse tritt in Kraft

Die umstrittene Neuregelung zieht viele negative Folgen nach sich



Die Mietpreisbremse kommt. Mehr Wohnraum schafft sie nicht. FOTO: DPA

BERLIN (dpa/tas) - Wer gerade auf Wohnungssuche ist, wird sie herbeisehen. Vermieter und Immobilienunternehmen dagegen schimpfen schon jetzt. Am Freitag hat die Mietpreisbremse den Bundesrat passiert. Ob sie wirkt und Wuchermieten eindämmt, ist umstritten. Einige warnen sogar vor einem Bumerangeffekt.

Für viele Mieter dürfte die Preisbremse erst mal etwas Positives haben - vorausgesetzt, sie ziehen gerade um. Denn neue Mieten dürfen nur noch maximal zehn Prozent über dem ortsüblichen Niveau liegen. Doch das beginnt schon das Problem: Was ist die ortsübliche Vergleichsmiete überhaupt? Mietspiegel sollen Auskunft darüber geben, doch deren Qualität und Verlässlichkeit ist häufig mangelhaft, weil die Daten veraltet oder nicht fachgerecht erarbeitet sind. Die wenigsten Kommunen im Südwesten haben einen qualifizierten Mietspiegel, viele haben gar keinen.

Wer schon länger in seiner Wohnung wohnt, profitiert von der Mietpreisbremse gar nicht. Auch wer in eine ganz neu gebaute oder rundum modernisierte Wohnung einzieht, hat nichts davon. Wo es Gegenden mit einem „angespannten Wohnungsmarkt“ gibt, in denen die Bremse greift, sollen die Länder festlegen. Das Gesetz soll zum 1. Juni in Kraft treten.

Mietmarkt wird kleiner

Axel Gedaschko, Präsident des Bundesverbands deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GDW), erwartet daher auch „nicht viel mehr als einen Placeboeffekt“. Letztlich werde sich für Mieter nicht viel ändern. Das arbeitgebernahe Wirtschaftsforschungsinstitut IW warnte in einer Ende 2014 veröffentlichten Studie sogar, die Mietpreisbremse werde zum Bumerang und den Mietern schaden.

Denn für Vermieter lohne sich die Mietwohnung dann kaum noch. Viele würden sie daher an Selbstnutzer verkaufen, erwarten die Wirtschaftsforscher. Die Folge: Der Mietmarkt wird kleiner, eine Wohnung zu finden noch schwieriger. Trete die Mietpreisbremse in Kraft, lasse sich tatsächlich deutlich weniger Geld verdienen, sagt auch Alexander Wiech vom Eigentümerverband Haus und Grund. „Wir rechnen daher mit Auswirkungen auf die Qualität der Mietwohnungen.“ Im Klartext: Vermieter täten nur noch das Nötigste, Verschönerungen blieben

Neubau steht, hat mit der Mietpreisbremse überhaupt nichts zu tun“, betont Roperz. GDW-Chef Gedaschko begrüßt diese Ausnahmeregelung ausdrücklich: „Sonst wäre der Neubau abgewürgt worden.“

Bei Sanierungen sieht es dagegen anders aus. Der GDW geht davon aus, dass Häuser und Wohnungen weniger schnell modernisiert werden. Da nur umfassend sanierte Wohnungen von der Mietpreisbremse ausgenommen seien, würden die Immobilienunternehmen künftig genau überlegen, ob sich kleinere Renovierungen noch rechnen. Das sieht der Mieterbund anders: Vermieter hätten schließlich nach wie vor die Möglichkeit, einen Teil der Modernisierungskosten auf die Jahresmiete aufzuschlagen.

Neubau steht, hat mit der Mietpreisbremse überhaupt nichts zu tun“, betont Roperz. GDW-Chef Gedaschko begrüßt diese Ausnahmeregelung ausdrücklich: „Sonst wäre der Neubau abgewürgt worden.“

Bei Sanierungen sieht es dagegen anders aus. Der GDW geht davon aus, dass Häuser und Wohnungen weniger schnell modernisiert werden. Da nur umfassend sanierte Wohnungen von der Mietpreisbremse ausgenommen seien, würden die Immobilienunternehmen künftig genau überlegen, ob sich kleinere Renovierungen noch rechnen. Das sieht der Mieterbund anders: Vermieter hätten schließlich nach wie vor die Möglichkeit, einen Teil der Modernisierungskosten auf die Jahresmiete aufzuschlagen.

Neuland für den Mittelstand

Unternehmer tun sich mit Digitalisierung schwer - Gefahr für deutsche Wirtschaft

Von Steffen Range

ne Spezialität von US-Unternehmen. „Es kommen neue Spieler in den Markt“, sagte Bitkom-Vertreter Bühler.

Beispiele für das Internet der Dinge gibt es bereits im Alltag. Erstaunlicherweise ist die Landwirtschaft viel fortschrittlicher als zum Beispiel der Maschinenbau. Winzer überwachen Rebstöcke mit Sensoren, Eierhöfe regulieren Licht und Futtermenge maschinell, in manchem Kuhstall werden Kühe von Robotern gemolken. Dagegen wirken Turbinen, Fräsen und Stanzen dumm.

ist wichtig für die regionale Wirtschaft“, betonte Karin-Brigitte Göbel, Vorstandsmitglied der Sparkasse Düsseldorf. „Wir haben als Banken die Verpflichtung, das Thema in die Unternehmen hineinzufragen.“

Viele Mittelständler weigern sich beispielsweise, Daten in Rechenzentren zu speichern. Aus Angst vor Industriespionage zögerten „gerade die Unternehmen, die einen technologischen Vorsprung auf dem Weltmarkt haben“, sagte Sparkassenpräsident Georg Fahrenschon. Eine Studie des Sparkassen- und Giroverbands zeigt: Für 88 Prozent der Befragten ist die Datensicherheit wichtig. Drei Viertel der Mittelständler können sich nicht vorstellen, ihre Daten in die so ge-

Konzerne wie Bosch und Daimler haben sich mittlerweile auf die Digitalisierung eingelassen, der Mittelstand aber zaudert. „Digitalisierung



Die Digitalisierung ist auch aus kleinen Betrieben nicht mehr wegzudenken. FOTO: PR

Kommentar

Von Tanja Schuhbauer

Das Problem bleibt ungelöst

Kalorienbremse, Schuldenbremse, Mietpreisbremse - es klingt verlockend, den Fortgang unerwünschter Dinge ausbremsen zu können. Wer sich die Mietpreisbremse genauer anschaut, merkt aber schnell, dass wenig dahinter ist.

Erfunden wurde sie für hippe Großstadtviertel, wo ein Übermaß an Nachfrage zu einem Übermaß an Preissteigerung geführt hat. Im Südwesten dürfte das höchstens durch Stuttgart, Freiburg und Tübingen zutreffen, vielleicht noch auf die Zentren von Konstanz, Ravensburg und Ulm sowie auf Objekte mit See- und Alpenblick. Ob die Preissteigerungen dort genug sind für eine Bremse, entscheidet das Land. Und selbst dann gilt sie nur für eine kleine Sparte: nicht für Neubau, nicht für bestehende Verträge, nicht für umfanglich sanierte Wohnungen. Beim Rest wird auf Basis meist mangelhafter Mietspiegel hantiert. Unterm Strich bleibt das Problem: Dort, wo alle leben wollen, ist der Wohnraum knapper und teurer als ein paar Kilometer weiter.

Das das Wohnen mehr kostet als früher liegt eher an den steigenden Nebenkosten - und die hat die Regierung mitzuverantworten. Sie hat 2011 die Grunderwerbssteuer von 3,5 auf fünf Prozent erhöht, bittet Eigentümer mit Sanierungsvorschriften zur Kasse und schreibt mit der neuen Energieparverordnung vor, auch funktionierende Heizungen, die älter als 30 Jahre sind, wegzuschmeißen. Grundsteuerabgaben, Abwassergebühren, Strom- und Heizkosten - all das ist gestiegen.

Statt mit Wörtern wie Mietpreisbremse heiße Luft zu machen und Vermieter mit weiteren Gesetzen zu gängeln, sollte die Politik lieber den Neubau von Wohnraum fördern, bauwillige Familien unterstützen und für junge Menschen den Rahmen schaffen, dass sie auf etwas Eigenes überhaupt sparen können.

© t.schubauer@schwaebische.de